

Nebroner Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0,85 Mk.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz. Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz. Geschäftsstelle in Nebra: Frau Karoline Weis, Markt 34/35.

Feinprediger: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Resteliste mit 15 Pf. Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtparkasse Nebra — Bänkverein Artern.

Nr 8

Sonnabend, den 29. Januar 1927

40. Jahrgang

Zwischenpiel wegen der Richtlinien.

Die Demokraten beteiligen sich nicht. Die Beratung, die Reichstaugler Dr. Marx am Donnerstag mit den Parteiführern hatte, galt vor allem der Frage der Bestimmung der Ministerposten. Die Befragung dieser Angelegenheit konnte endlich in Angriff genommen werden, nachdem die demokratische Reichstagsfraktion einen einstimmigen Beschluß herbeigeführt hatte, sich an der Kabinettsbildung nicht zu beteiligen. Für die neuen Regierungsparteien war damit Klarheit geschaffen, welche Ministerstellen sie zu besetzen hielten. Die Demokraten begründeten ihr Fernbleiben aus der neuen Regierungskoalition damit, daß sie gegen die von Reichstaugler Marx mit den Deutschen und mit der Deutschen Volkspartei aufgestellten Richtlinien für das neue Regierungsprogramm in wirtschaftspolitischen und kulturellen Beziehungen hätten. Sie glaubten daher, in der Diskussion mit besten Gewissen für die Wahrung der deutschen Gerechtigkeit und für die Sicherung einer gesunden Wirtschaft, Finanz- und Steuerpolitik wirken zu können.

In politischen und parlamentarischen Kreisen hat am Donnerstag übrigens ein Zwischenpiel über sich selbst, das sich um die Schwierigkeiten in der Verbindung der Regierungsparteien hätte führen können. Von den neuen Regierungsparteien war in Aussicht genommen, die Hauptpunkte der neuen Richtlinien ihres Regierungsprogramms der Öffentlichkeit zu übergeben. Von dieser Absicht war jedoch später Abstand genommen worden, da noch nicht alle in Frage kommenden Parteien ihre volle Zustimmung zu diesen Richtlinien gegeben hätten. Nichtsdestoweniger wurde die Beratung der Vorläufigen Richtlinien veröffentlicht worden, die sich auf die Außenpolitik, die Verhältnisse, die Reichswehr, Kulturfragen und Fragen der Sozialpolitik bezogen. Eine offiziöse Auslassung betrug indes, daß der Text dieser Veröffentlichung durchaus nicht authentisch sei.

Überdies veröffentlichte ein linksdemokratisches Blatt aus der Provinz beschriebenes Gegenstands. Es soll, das von den Führern der Deutschen Arbeiterpartei und der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum angefertigt worden sein soll und in dem bezüglich der Sozialpolitik, der Verfassungsfragen und der Probleme der Republik mehrere Abmachungen zwischen den neuen Regierungsparteien niedergelegt worden seien. Die Veröffentlichung der Richtlinien hat namentlich in dem demokratischen Kreise sehr bestürzend und diese Bestimmung ist auch dem Reichstaugler von der Fraktionsleitung offiziell zur Kenntnis gebracht worden. Indessen scheint es Reichstaugler Marx gelungen zu sein, die aufgestaute Bestimmung wieder zu beben.

Die Nationalliberalen, die demokratischen, die parlamentarischen der Deutschen Volkspartei, beschäftigen sich mit der Erklärung, daß sie sich nicht bereit erklären gegen Auslassungen in liberalen und sozialpolitischen Organen gewandt hätte, in denen kulturelle Bedeutung bei der Bildung der neuen Regierungskoalition zum Ausdruck gekommen sind. Die Nationalliberalen korrespondieren nicht die Form der Auslassung der Zentrumspartei und betont, daß die Deutsche Volkspartei die Wahrung der Rechte des Landes und die Wahrung der Beziehungen zwischen den Parteien zu verbinden wissen wird. Ein Polemik über diese Frage erscheint ihr in der gegenwärtigen politischen Situation nicht für angebracht.

Warum Geheimpolitik?

Von besonderer politischer Seite wird uns unterm 27. Januar geschrieben:

Die selbstverständliche Begleiterscheinung jeder Regierungspolitik ist die — Indiskretion. Was man in fest beschlossenen Zimmern, was man in kleinsten Kreise besprochen und verabredet hat, ist plötzlich nicht alle in irgendeiner der Zeitungen einer Partei, die bei den Verhandlungen gar nicht zugegen war, die dem Reichstaugler dann greizenlos, zumal derartige „Ausplauderer“ oft noch recht erheblichen Einfluß auf die weitere Entwicklung der Dinge zu sein vermag.

In die letzte Regierungspolitik platze nun ebenfalls eine solche Veröffentlichung hinein und auch sie häuften neue Schwierigkeiten auf den Weg. In einigen Berliner Einseitigkeiten wurde die Verhandlungen zwischen den verhandelnden Parteien, dem Zentrum und den Deutschen, angedeutet, die schließlich Richtlinien für die künftige Regierungspolitik veröffentlicht, jene Grundlagen nämlich, die von vornherein zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht waren. Die Veröffentlichungen stellen einen Umbruch der wichtigsten Punkte dar, in denen sich die künftige Regierungspolitik nach nicht einzig über die sie sich in noch nicht ausreichender Weise klar waren, ferner enthielten sie Vereinbarungen, die ihren Niederschlag in der Regierungserklärung finden sollten, waren also gerade mitten aus dem Lauf der Verhandlungen heraus, ohne etwas Endgültiges darzustellen. Und diese „Richtlinien“ wurden nun veröffentlicht gegen die Absicht der Reichstaugler, die sie geheim gehalten. Diese Ausplauderei hat große Ereignisse entzündet hervorgerufen. Auch ersetzten ein amtliches Dementi, das kurz erklärte:

Die beabsichtigte amtliche Bekanntgabe der in den Verhandlungen des Herrn Reichstauglers mit den Parteiführern festgestellten Vorläufigen Richtlinien einer künftigen Regierungspolitik, die übrigens nicht alle für ein Regierungsprogramm in Betracht kommenden Fragen umfaßt, konnte nicht erfolgen, weil noch nicht sämtliche in Betracht kommenden Parteien ihre Zustimmung zu den Bestimmungen der Parteiführer gegeben haben. Die über den Inhalt der Vereinbarungen erfolgenden Veröffentlichungen können nicht als authentisch angesehen werden.

Soweit gut. Aber wenn der Fehler, dem die Indiskretion verhängt wurde, nicht, daß die „Richtlinien“ noch nichts Gewisses darstellten, das sie ferner noch ergänzt, erläutert und in manchen Punkten abgeändert werden, so gewinnt er an Hand dieser „Richtlinien“ ein Bild davon, wieweit die Verhandlungen fortgeschritten sind. Da ist z. B. die Streiffrage der „republikanischen Staatsform“. Sie wird als rechtlich anerkannt, was dadurch den Deutschen intransigenter gemacht wird, daß in der Regierungserklärung ausdrücklich auf die politische Grundform hingewiesen werden soll, die der vergangenen Staatsform und der früheren Reichsflagge gedenkt werden wird. Auch die auswärtige Politik ist zwar dahin schiefgelegt, daß Locarno und Genf nicht bloß völkerrechtlich bindend für uns sind, sondern die deutschen Vereinbarungen reichspolitisch bindend werden sollen, daß aber die nationalen Interessen nicht von unserer loyalen Mitarbeit am Völkerbund leiden dürfen.

Doch auf weitere Einzelheiten einzugehen, muß sich schon deswegen erübrigen, weil diese ganze Geschichte sich zu einer sehr erheblichen Erörterung ausgewachsen hat und zu einer Lage führt, in der dem Reichstaugler nach die Deutschen Partei nachschließen ist, ihre Forderungen zu erweitern. — Das wunderbarste dabei ist übrigens, daß ursprünglich alle Parteivertreter dem Reichstaugler, diese „Richtlinien“ alsbald zu veröffentlichen, Entgegenkommen zeigten, offenbar auch deswegen, weil sie doch nicht alle in sich schließen würden. Allerdings ist es nicht das einzige, das Parteiführer von irgendeiner maßgeblich interessierten oder beeinflussten Seite über Dinge vorzeitig unterrichtet werden, obwohl vorher feierlich von den Parteien oder gar amtlich erklärt wurde, die Verhandlungen blieben geheim und gingen nur an die gesamte Presse zu gleicher Zeit.

Im Volk verhält man sich anders. Die Partei ist frei überliefert, die sojuzalen nach sich der Öffentlichkeit zu zeigen haben. Und — heraus kommt es doch über kurz oder lang. Die Geheimnistuerei erregt vielmehr das Gefühl, als ob wichtige Interessen des Volkes nun hinter verschlossenen Türen zum Gegenstand eines Ein- und Herbanges gemacht werden. Und diese Geheimnistuerei selbst noch nach außen hin, diese Bestimmung solle, auch rechtlich wenig übrig gelassen; man sieht aber an der Epithete, die sich nun innenpolitisch abspielte, recht deutlich das Unrechtliche und häufig recht überflüssige dieser Geheimpolitik.

Die neue Ministerliste.

Berlin. Reichstaugler Dr. Marx hat nach der Erneuerung des Reichstages sofort die Befragungen über die Bestimmung der Ministerposten mit den Parteien aufgenommen. In gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen wird folgende Ministerliste genannt, die allerdings noch nicht amtlich bestätigt ist:

- Reichstaugler Dr. Marx (Ztr.)
- Reichstauglungsminister: Reichsminister Dr. Köhler (Zent.)
- Reichsminister Dr. Braun (Zent.)
- Reiche Geheime Rat Dr. Hell (Zent.)
- Außenminister Graf Helldorf (Zent.) oder Dr. v. Duden
- Innerer Minister Graf Helldorf (Zent.)
- Ernährung und Landwirtschaft: Schiele oder Freiherr von Stauffenberg (Zent.)
- Reichsminister Dr. h. c. Koch (Zent.)
- Außenminister Dr. Stresemann (D. Sp.)
- Wirtschaftsminister Dr. Curtius (D. Sp.)
- Reichsminister Dr. Stieglitz (Zent.)
- Reichsminister Dr. Köhler als Sachminister.

Vertretertagung des Deutschen Bauernbundes.

Berlin. Unter überaus zahlreicher Beteiligung von Delegierten aus allen Ecken des Vaterlandes fand hier die Vertretertagung des Deutschen Bauernbundes statt, der etwa 4000 Mitglieder zählt und der in Interessengemeinschaft mit dem Bayerischen Bauernbund steht. Die Tagung wurde eröffnet mit einer Begrüßungsrede des Vorstandsvorsitzenden und Reichstagsabgeordneten Landwirt Bielemann (D. Sp.) und mit der Erklärung des Jahresberichts des Generalsekretärs Müller. Dann folgte eine lebhafte Diskussion, an der sich zahlreiche Delegierte beteiligten. Die Wünsche und Fragen wurden in einer Entschließung zusammengefaßt, in der die Bauern ihren Willen gegenüber dem Reichstag kundgegeben. Der Landesverband mußte die Interessen der bauerlichen Landwirtschaft mit allem Nachdruck vertreten und nicht etwa unter Vorwahrung der Nutzwirtschaft die landwirtschaftlichen Ziele als Kompensation für

andere Aufwendungen demüht werden. Weiter wird eine Beratung über die Gesamtsituation des Bauernbundes sowie eine Beratung über die Verwaltungsapparate. Die Tagesordnung umfaßt ferner die Verhandlung über die Vertiefung der Abwehrerträge, die Abwehrbedingungen, der finanziellen Verhältnisse und gleichzeitig ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Bedeutung des Bauernbundes Wirtschaft genannt werden. Einmal wird von der Vertiefung eines Kreditpolits getrieben, die sich der deutschen Landwirtschaft als Grundlage fast aller Wirtschaftszweige ermöglicht, zu einer rentablen Wirtschaftsweise zu kommen.

Zugehördnisse an China.

Amerika und Japan wünschen neue Verträge.

Die lange erwartete Note des Staatssekretärs Kellogg über die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber China wurde jetzt der Öffentlichkeit übergeben. Sie betont, daß die amerikanische Regierung bereit ist, aber keine Verträge mit China zu verhandeln, soweit sie unabhängig von anderen Mächten aufstehen werden, daß sie aber bestehende Verträge nicht aufheben könne, bevor ein neuer Vertrag unterzeichnet und vom Senat ratifiziert worden ist. Inzwischen halte die Regierung Marinekontrollen in den chinesischen Gewässern bereit, um amerikanischen Leben und Eigentum zu schützen, wenn die chinesischen Behörden es unterlassen sollten, solchen Schutz zu gewähren. Die Erklärung betont weiter die amerikanischen Sympathien mit China, „nationalen Erwägungen“, ferner die volle Neutralität im chinesischen Bürgerkrieg seitens der Vereinigten Staaten und den Wunsch der Vereinigten Staaten, mit China „im liberalsten Sinne“ zu verhandeln. „Die einzige Frage ist“, so heißt es weiter, „mit wem die Vereinigten Staaten verhandeln sollen. Wenn China sich über die Erneuerung von Delegierten einigen kann, die die Behörden oder das Volk des Landes vertreten, dann werden wir bereit sein, über einen solchen Vertrag zu verhandeln.“

Wie weiter sich aus Tokio melden läßt, ist auch die japanische Regierung bereit über einen neuen Vertrag auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit der Weltbevölkerung mit China zu verhandeln. Die Angehörigen an China würden die Anerkennung der chinesischen Tarife und die mit gewissen Bedingungen verbundene Autonomie erhalten. Der Grundgedanke der Aufhebung der Exterritorialität wurde anerkannt. Die Zusatzbedingungen in dem Vertrag nicht erwähnt werden, da sie durch ein internationales Abkommen geregelt werden sollen.

Die Arbeiterpartei gegen die Chinaexpedition.

Die englischen Gewerkschaften und die Arbeiterpartei haben eine Resolution zum Aufheben der Expeditionen gegen China verabschiedet zu werden. Nach längerer Aussprache erließ die Arbeiterpartei eine Resolution, die die englische Arbeiterpartei beauftragt, die Expeditionen gegen China zu verhindern und fordere die Arbeiterpartei, sich für die Aufhebung der Expeditionen gegen China einzusetzen. Die Arbeiterpartei erklärt den chinesischen Arbeiter ihre aufrichtige Teilnahme und ist bereit, sie in ihrem Streben, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, beizustehen.

Die Stellung der Deutschen.

Die englischen Missionsgesellschaften aus China berichtet, hielt der Ministerpräsident der süddinesischen Regierung, Sun Wen Kai, nach Verzichtigung des von dem Arzt der Berliner Mission geleiteten Krankenhaus in Nanking eine Rede, in der er erklärte: „Deutschland ist jetzt arm und kann nicht mehr soviel Geld für Schulen und Krankenhäuser aufbringen wie ehemals. Deshalb müssen wir Chinesen selbst hinreichend Geld beisteuern. Die Deutschen stellen dafür ihr Wissen und ihr Herz in unseren Dienst und dafür wollen wir ihnen recht dankbar sein, zumal Deutschland als Weltmacht nicht als das gilt, was es ist.“

Die Worte des süddinesischen Regierungschefs machen es verständlich, warum die deutsche Mission in der Randprovinz und in den neueroberten Provinzen so gut wie unbehelligt gelassen ist.

Guthaben der deutschen Kriegsgefangenen in England.

Sofortige Auszahlung eines Beitrages.

Die englische Regierung hat die erste Rate zur Auszahlung der von ihr bisher anerkannten Guthaben an die ehemaligen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen (einschließlich Sanitätspersonal) überweisen. Die ehemaligen Geiseln, die sich in englischer Gefangenschaft auf britischem oder französischem Boden befanden, haben,

Vermischtes.

□ Was die Zeitungsleser verbrauchen. Eine statistische Übersicht über die Zeitungsherstellung und den Verbrauch an Zeitungen im Jahre 1924 weist folgende Zahlen auf. So befördert die Deutsche Reichspost im Laufe eines Jahres täglich sechs Millionen Zeitungen und Zeitschriften, deren Gewicht ungefähr 200 000 Kilogramm beträgt. Um diese Zeitungsmengen herstellen zu können, braucht man jährlich 150 000 Tonnen Holz (1 Tonne = 1000 Kilogramm), d. h. mit anderen Worten, soviel Bäume, wie ein 500 Quadratkilometer großer Wald enthält. Demnach müssen für jeden erwachsenen Deutschen, damit er seine Zeitungen lesen kann, jährlich drei Bäume gefällt werden. Dieser große Holzverbrauch erklärt sich zum Teil auch damit, daß man bisher das alte Zeitungspapier, der unglücklichen Druckerwärter wegen, nicht wieder zur Neubeurteilung von Zeitungspapier verwenden konnte. Man ist aber bereits dabei, ein Verfahren zu erproben, durch das eine solche Wiederverwendung zu ermöglichen wäre, was zur Folge hätte, daß alljährlich das Papier von zwei Millionen Zeitungen wieder verbraucht werden könnte.

— Wie kommen wir wieder zu Lebensfreude? Die Lebensfreude ist uns seit dem großen Kriege gründlich abhanden gekommen und hat der Lebensunlust Platz gemacht. Das muß anders werden, sagt der Wiener Nervenarzt Dr. Urbanitsch. Er hat auch bereits ein Programm, für Lebensfreude bereit: 1. Du sollst (genügend) einmal die Woche lang mindestens eine Tagesbeschäftigung mit voller Aufmerksamkeit vollbringen und dich einer gleichzeitigen Nebenbeschäftigung vorziehen. 2. Du sollst täglich wenigstens zwanzig Seiten eines wertvollen Buches verarbeiten. 3. Du sollst täglich eine Stunde lang einen Sport betreiben oder zehn Minuten bei langsamem Schritt turnen. 4. Du sollst am Abend den Tag überdenken oder ein Tagebuch führen. 5. Du sollst feinen Stimmungen nachgeben, Selbstbeherrschung üben, nicht für Fremde leben, dich nicht nach dem Urteil der andern richten und Befehliches, das nicht zu ändern ist, nicht befehlen. . . Wer diese Regeln befolgt, der wird, meint der Dr. Urbanitsch, bald leben, daß es mit ihm wieder aufwärts geht. Hoffen wir das Beste, lieber Leser!

Aus dem Gerichtssaal.

□ Industriepatente vor Gericht. Unter der Anklage der Schlichtungsanstalt standen in Halle vor Gericht fünf Angestellte der Agfa, Akt.-Ges. für Anilinfabrikation sowie der Fabrikbesitzer Dr. Bergmann, der in Berlinigerode eine photographische Platten- und Papier-fabrik betreibt, zuzuziehen. Dr. Baerle von der Königl.-Akt.-Ges. Es handelt sich um den Ankauf von Rezepten und Zeichnungen der Agfa. Das Gericht erkannte gegen zwei Angestellte der Agfa auf fünf und acht Monate Gefängnis, gegen Dr. Bergmann auf drei Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

□ Prozeß um den sterreichischen Kronstadt. Die frühere Kaiserin von Oesterreich, Zita, hatte gegen die Gebrüder Biensfeld in Paris, die behaupteten, die Kronstadt aus dem sterreichischen Kronstadt freiwillig erworben zu haben, einen Prozeß auf Veranlassung der Kronstadt-Kronstadt angehängt mit der Begründung, sie seien ohne Wissen des verstorbenen Kaisers und auf betrügerische Weise erworben worden. Das Pariser Gericht hat die Ansprüche der früheren Kaiserin abgewiesen und sie zur Tragung der Kosten und Zahlung der Schadenersatzforderungen der Gebrüder Biensfeld verurteilt.

□ Güterversteigerungen während des Aufstumpfes. Ein umfangreicher Prozeß, der in Dülstedorf Ende Januar beginnt, wird sich um den großen Schenkungen auf dem Bahndhof Dülstedorf-Derenborn beschäftigen. Als im Jahre 1923 die Deutschen Eisenbahnen in den passiven Widerstand traten, führte der plötzliche Stillstand des Güterverkehrs zu einer Verstopfung des Güterbahnhofs Derenborn. Bei dem Versuch, den Betrieb wieder in Gang zu setzen, stellte die Regie wahllos Güterströme ein. Während des Jahres 1923 haben diese Güter in riesigen Mengen verfaulen. Es dürfte sich um Millionenwerte handeln. Die Verantwortung gegen die ehemalige Reichsregierung ist nunmehr abgeschlossen. Der Prozeß dürfte mehrere Wochen andauern. Er wird auch darüber Aufklärung bringen, inwieweit auch Angehörige der Besatzung an den Schenkungen beteiligt sind.

Kongresse und Versammlungen.

□ 1. Aufsatz zur Berliner Grünen Woche. Berlin rückt sich zum Empfangen der Vertreter der deutschen Landwirtschaft, die zu den Tagungen der Landwirtschaftswoche und zur Ver-

gung der Ausstellung „Grüne Woche“ und den mit ihr verbundenen zahlreichen Sonderausstellungen, insbesondere der 4. Deutschen Landbauausstellung, im Februar vom 22. Januar bis 6. Februar in der Reichshalle ansetzen sein werden. Die Eröffnung der „Grünen Woche Berlin 1927“ wird am Sonnabend, 23. Januar, durch Minister Steiner in der Halle erfolgen.

□ 2. Schlichtung Landbundung. In Preußen fand der 8. Schlichtung Landbundung unter Leitung des Vorsitzenden des Schlichtung Landbundes, Kreisler v. Nisch, in Potsdam, Sonntag, 14. Jan. Nach einleitenden Begrüßungsreden trat Herr v. Nisch in großen Worten ein Bild der heutigen Lage der Landwirtschaft im allgemeinen. Sein vom Geiste nationaler Staatsbeziehung getragener Vortrag stellte die Forderung an, die Zügel nicht in den Händen der Agrarischen und dringende Aufgabe, wichtiger als alle anderen, die der Regierung der Arbeiter die Manifestation des deutschen Volkes, eine großzügige Melioration, die noch fünfzig Prozent der Agrarischen seien. An zweiter Stelle stand Dr. Georg Wilhelm Zentgraf (Nürnberg a. D.) über die deutsche Bauernpolitik als eine Notwendigkeit für Deutschland. Im Anschluß an diese Vorträge wurden mehrere Resolutionen angenommen, die sich mit agrarwirtschaftlichen Fragen beschäftigten.

Arbeiter und Angestellte.

□ Berlin. Verbindlichkeitsklärung in Lohnstreit des Buchdruckerverbandes. Der Deutsche Buchdruckerverein stellt mit dem Lohnrat im Buchdruckgewerbe hat der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch, der die Arbeitszeit der Löhne bis zum 31. März vorläufig, für verbindlich erklärt.

□ Götting. (Abt. 10) des Schiedspruchs für die (Schlichtung) der Textilindustrie. Der am 18. d. M. durch den Schlichteramt in Preußen in der Lohnbewegung der schlichtung Textilarbeiter getragene Schiedspruch ist von Arbeitgeber- wie von Arbeitnehmerseite abgelehnt worden.

Welt und Wissen.

□ w. Altertumskund. Im Warthause zu Udenburg fand man beim Graben alter Fundamente eine geschlossene Blechbüchse, die etwa 50 alte Urkunden, darunter Kaufurkunden, enthält. Am meisten interessant, daß in der Büchse sich eine lange verzierte Metallspitze vom Ende des römischen Kaisers Valentinianus befindet.

Plissée
die grosse Mode
beste Ausführung nur bei der
Färberei und chem. Reinigungsanstalt
Carl Bartels,
Naumburg a. S.
Telefon 372.
Annahmestelle für Nebra:
Friedrich Krey, Manufakturwaren.

Schützenhaus.
Sonntag, den 30. Januar
in den sämtlichen unteren, festlich
geschmückten Räumen
Großes Bockbierfest
Stimmung! Unterhaltungsmusik.
Es laden freundschaftlich ein
Kapellmeister Erbs, F. Rodroh.
Eintritt frei!
Das erste Sinfoniekonzert unter Leitung
unseres beliebten Kapellmeisters Erbs findet in der
zweiten Märzwoche statt.

Kriegerverein Nebra.
Sonntag, den 6. Februar d. Jrs.,
im „Schützenhause“
Theater und Ball.
Zur Aufführung gelangt:
„Familie Hannemann“.
Um zahlreichen Besuch bitten Der Vorstand.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof
Sonntag, 30. Januar, abends 8 Uhr
Brandstifter Europas.
— Der größte Bruchmann-Film der Saison. —
Ferner:
Je oller — je toller.
Größte in 6 Akten.
Es laden freundschaftlich ein **Max Borgwardt.**

Thüringer Holzwerke
Sägewerk und Holzhandlung
Fornruf 63 **Rossleben** Am Bahnhof
Bauholz nach Liste
Vorratskantholz
deutsche und schwedische
Hobeldielen und Stabbretter
Fichten-, Tannen- und
Kiefern-, Rund- und
Schnittholz
für alle
Bau- und Tischlerzwecke

Vitzenburg.
Am 9. Februar 1927 findet bei
Karpfenschmaus
im
„Schweizerhaus“
statt.
Küche und Keller in bekannter Vorzüglichkeit.
Um rege Beteiligung und Anmeldung bitten
O. Wirthmann und Frau.

Älteste realste Bezugsquelle für
Neue Gänsefedern erster Hand!
Alle Federn garantiert gewaschen und staubfrei. —
Federn wie man sie von der Gans ruft mit allen
Daunen, p. Pfd. 2,50 Mk., beste 3,50 Mk.
Pr. Halbdaunen p. Pfd. 5.—
Dreiviertel Daunen la 6,75 —
Weiße zarte Volldaunen 9,75, 11.—
Mit Hand gem. ged. Daunen 4.—, 5.—
Beste zart und weich 6,20, 5,75 Mk.
Rein weißer Danenschleiß 8,25, 7,50 —
Versand gegen Nachnahme von 5 Pfund ab portofrei.
Nichtgefallenes nehme auf meine Kosten zurück. —
J. Graupe, Neu-Trebbin 173 (Oderbruch) Gegr. 1841

Vitzenburg.
Sonntag, den 13. Februar 1927
von abends 7 Uhr an
Gr. Maskenball,
Otto Wirthmann.
wozu freundschaftlich einladet
Gasthof Großwangen.
Sonntag, den 30. Januar,
von abends 7 1/2 Uhr
Gr. Maskenball,
Bruno Stops.
wozu freundschaftlich einladet
Die 3 besten Masken erhalten eine Flasche Wein.

Übler Mundgeruch
wird abgehend. Sichtlich geliebte Zähne entleeren das schöne
Antlitz. Beide Zahnärztliche werden oft schon durch einmaliges
Bügeln mit der hierlich erscheinenden Zahnpaste **Chlorodont** be-
festigt. Die Zähne erhalten schon nach hundert Gebrauch ein wunder-
bares Glanzbild, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger
Säunung der dafür eines tonifizierten **Chlorodont-
Zahnharzes** mit gegähmtem Beizeffekt. Im Mundes Spiel-
le in den Zahnräumen als Ursache des üblen Mund-
geruchs werden gründlich damit beseitigt. Verwenden Sie es zu-
nächst mit einer kleinen Zunge zu 40 Pfund. **Chlorodont-Zahn-
bürste** für Kinder 20 Pfund, für Damen 24 Pfund (mitte Packung),
für Herren 24 Pfund (mitte Packung). Bitte 2 Pfund im Original-
packung mit der Marke **Chlorodont** überall zu kaufen

Geschäftsbücher
bevorzugte Marke
König-Ebhardt
Hannover
Sonderfabrikate jeder anderen leistungsfähigen Geschäfts-
bücherei, **Altimodel, Schreibräutchen** der besten
deutschen Systeme liefert
Wilhelm Gauer, Rossleben.

Neu eingetroffen:
18. Februar 1927
Grüne Seringe
Pfund 19 Pfennig,
ff. Fettbündlinge
Pfund 40 Pfennig.
Hermann.
Karpfenschmaus
im
Schützenhaus!
nehmt das Natur-, Kräuter-,
homöopath. Heilverfahren.
Gute Erfolge nachweisbar.
Sprechstunden: 9—6 Uhr,
Sonntags nur vormittags.
E. W. Meyer, Artorn
Kohlenstraße 11
ausgeb. u. gepfl. auf der Bach-
straße für Naturheilvereine, Berlin



Nebräer-Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrä

Erscheinungswöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Volantisten 0,85 Mk.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Rohlleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Rohlleben.
Geschäftsstelle in Nebrä: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Rohlleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 45 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebrä — Bänkverein Aken.

Nr. 8

Sonnabend, den 29. Januar 1927

40. Jahrgang.

Zwischenpiel wegen der Richtlinien.

Die Demokraten beteiligen sich nicht.

Die Beratung, die Reichstager Dr. Marx am Donnerstag mit den Parteiführern hatte, geht vor allem der Frage der Bestellung der Ministerkabinette. Die Bestimmung dieser Angelegenheit konnte endlich in Angriff genommen werden, nachdem die demokratische Reichstagsfraktion einen einstimmigen Beschluß herbeigeführt hatte, sich an der Kabinettsbildung nicht zu beteiligen. Für die neuen Regierungsparteien war damit Anstoß gegeben, welche Ministerkabinette zu bestehen sind. Die Demokraten begünstigen für den Reichstag aus der neuen Regierungskoalition damit, die sie gegen die von Reichstager Marx mit den Deutschnationalen und mit der Deutschen Volkspartei aufgestellten Richtlinien für das neue Regierungsprogramm in wirtschaftspolitischer und kultureller Beziehung wünschen hätten. Sie glauben daher, in der Opposition mit bestem Erfolg für die Wahrung der deutschen Existenz und für die Sicherung einer gesunden Wirtschaft, Finanz- und Steuerpolitik wirken zu können.

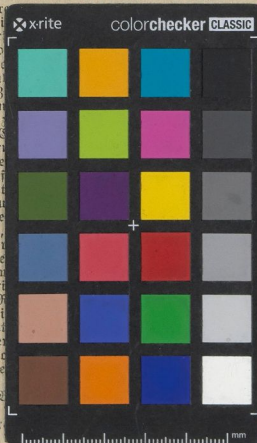
In politischen und parlamentarischen Kreisen hat am Donnerstag übrigens ein Zwischenpiel über sich, das leicht zu neuen Schwierigkeiten in der Verbindung der Regierungsparteien hätte führen können. Von den neuen Regierungsparteien war in Aussicht genommen, die Hauptpunkte der neuen Richtlinien ihres Regierungsprogramms der Öffentlichkeit zu übergeben. Von dieser Absicht war jedoch später Abstand genommen worden, da noch nicht alle in Frage kommenden Parteien ihre volle Zustimmung zu diesen Richtlinien gegeben hätten. Nichtsdestoweniger war in einem Teil der Presse der Wortlaut jener Richtlinien veröffentlicht worden, die sich auf die Innenpolitik, die Verhältnis, die Reichswehr, Kulturfragen und Fragen der Sozialpolitik bezogen. Eine offiziöse Auslassung belegt indes, daß der Teil dieser Veröffentlichung durchaus nicht authentisch sei.

Aber dies überflüssigste ein linksdemokratisches Blatt ein aus vier Punkten bestehendes sogenanntes Protokoll, das von den Führern der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum angefertigt worden sein soll und in dem bezüglich der Veranlassung, der Verfassungsfragen und der Symptome der Republik nähere Abmachungen zwischen den neuen Regierungsparteien niedergelegt worden seien. Die Veröffentlichung der Richtlinien hat namentlich in den parlamentarischen Kreisen der Reichstagsfraktion und der Reichstagsfraktion offiziell zur Kenntnis gebracht worden. Inzwischen scheint es Reichstager Marx gelungen zu sein, die aufgetauchte Vermutung wieder zu beheben.

Die Nationalliberale Korrespondenz, der parlamentarische Präsident der Deutschen Volkspartei, beschließt sich mit der Erklärung der Zentrumspartei, die sich bekanntlich gegen die Aufnahme in die Regierungskoalition ausgesprochen gemaßt habe, in denen kulturelle Bedenken bei der Bildung der neuen Regierungskoalition zum Ausdruck gekommen sind. Die Nationalliberale Korrespondenz rügt die Form der Auslassung der Zentrumspartei und betont, daß die Deutsche Volkspartei die Wahrung der Rechte des Zentrums und der Schlich mit der Wahrung der Interessen zu verbinden wissen wird. Eine Bemerkung über diese Frage erscheint ihr in der gegenwärtigen politischen Situation nicht für angebracht.

Warum Geheimpolitik?

Von besonderer 27. Januar gefordert. Die selbstverleugende Politik ist die schließliche Zimmerecke und verdrängender der Entscheidungen gar nicht anzuregen, recht erheblichen die Dinge zu sein werden. In die jegliche eine solche Verleugung der Verantwortlichkeit. Einsetzung der den verhandelnden Deutschnationalen, die künftige Regierung nämlich, die Bestimmungen stellen einen Hinweis die künftigen über die sie nicht waren, ferner ein Wiederholungs in der sollten, waren alle Verhandlungen befehlen. Und diese gegen die Entrückung hervor.



Die beständige amtliche Bekanntgabe der in den Verhandlungen des Herrn Reichstagers mit den Parteiführern festgestellten Verträge über Richtlinien einer künftigen Regierungskoalition, die übrigens nicht alle für ein Regierungsprogramm in Betracht kommenden Fragen umfassen, konnte noch nicht erfolgen, weil noch nicht sämtliche in Betracht kommenden Fraktionen ihre Zustimmung zu den Bestimmungen der Parteiführern gegeben haben. Alle über den Inhalt der Vereinbarungen erfolgenden Veröffentlichungen können nicht als authentisch angesehen werden.

Soweit gut. Aber wenn der Leser, dem die Industrie freigelegt wurde, weiß, daß die „Richtlinien“ noch nicht schriftlich feststehen, daß sie ferner noch ergänzt, erläutert und in manchen Punkten abgeändert werden, so gerührt er an dem dieser „Richtlinien“ ein Bild davon, wie weit die Verhandlungen fortgeschritten sind. Da ist z. B. die Streiffrage der „republikanischen Staatsform“. Sie wird als rechtsgültig anerkannt, was dadurch den Deutschnationalen fragbar gemacht wird, daß in der Regierungsform ausdrücklich auf die parlamentarische Grundform hingewiesen werden soll, die der vergangenen Staatsform und der früheren Reichsflagge gewahrt werden wird. Auch die auswärtige Politik ist zwar dahin festgelegt, daß Locarno und Genf nicht bloß völkerrechtlich bindend für uns sind, sondern die demaltes Vereinbarungen rechtsverbindliche Bindungen darstellen, daß aber die nationalen Interessen nicht unter unserer lokalen Mitarbeit am Völkerbund leiden dürfen.

Doch auf weitere Einzelheiten einzugehen, muß sich schon deswegen erübrigen, weil diese ganze Geschichte sich in einer sehr erheblichen Störung ausgebrochen hat und zu einer Lage führte, in der dem Reichstag nach die Deutschnationale Partei einzuweisen ist, ihre Forderungen zu erweitern. Das unerwünschte dabei ist übrigens, daß ursprünglich alle Parteirepräsentanten dem Reichstag, diese „Richtlinien“ alsbald zu veröffentlichen, Entgegenkommen zeigten, offenbar auch deswegen, weil sie — doch nicht zu gehen in bleiben würden. Abgesehen ist es nicht das Ergebnis der Parteiführer, die wiederum wahrheitsgemäß veröffentlicht oder beiläufig Seite über Dinge vorzeitig veröffentlicht werden, obwohl vorher feierlich von den Parteien oder gar amtlich erklärt wurde, die Verhandlungen blieben geheim und gingen nur an die gesamte Presse zu gleicher Zeit.

Im Volk versteht man diese Geheimnistuerei überhaupt nicht; es handelt sich doch nicht um Angelegenheiten, die sojournen das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben. Und — heraus kommt es doch aber kurz oder lang. Die Geheimnistuerei erregt vielmehr das Gefühl, als ob wichtige Interessen des Volkes nun hinter verschlossenen Türen zum Gegenstand eines Hin- und Herbaldes gemacht werden. Und diese Geheimnistuerei ist nicht nur außerdem den Boden für alle möglichen Intrigen, die dem klaren Ablauf nur schädlich werden können. Freilich ist von der früheren Zeitge, daß die Geheimdiplomatie die Schicksale der Völker nicht mehr bestimmen sollte, auch recht herzlich wenig übriggeblieben; man sieht aber an der Epizode, die sich nun innenpolitisch abspielt, recht deutlich das Unvertrauen und häufig recht Aberrilligkeit dieser Geheimpolitik.

Die neue Ministerliste.

Berlin. Reichstager Dr. Marx hat nach der Benennung des Reichstages sofort die Bestimmungen über Neuorganisation der Ministerkabinette mit den Parteien aufgenommen. In unterirdischen parlamentarischen Kreisen wird folgende Ministerliste genannt, die allerdings noch nicht amtlich bekannt ist:

- Reichstager Dr. Marx (Ztr.)
- Reichsfinanzminister Woblfischer Staatsminister Dr. Köhler (Zentr.)
- Arbeitsminister Dr. Weis (Zentr.)
- Rechtsminister Dr. Valla (Zentr.)
- Justizminister Graef-Schir. (Ztr.) oder Dr. v. Drupader (Zentr.)
- Ernährung und Landwirtschaftliche Angelegenheiten oder Freiherr von Stauffenberg (Ztr.)
- Verkehr Dr. h. e. Koch (Ztr.)
- Außenminister Dr. Stresemann (D. Sp.)
- Wirtschaftsminister Dr. Curtius (D. Sp.)
- Postminister Dr. Dingl (Wahr. Sp.)
- Reichswehrminister Dr. Gehler als Radminister.

Vertretertagung des Deutschen Bauernbundes.

Berlin. Unter überaus zahlreicher Beteiligung von Delegierten aus allen Ecken des Vaterlandes fand hier die Vertretertagung des Deutschen Bauernbundes statt, der etwa 14000 Mitglieder zählt und der die Interessen der Bauern mit dem Bayerischen Bauernbund teilt. Die Tagung wurde eröffnet mit einer Begrüßungsansprache des Vorstandes, Landes- und Reichstagsabgeordneten Landwirt Wolfermann (D. Sp.) und mit der Erklärung von Landrat des Generalsekretärs Müller. Dann folgte eine lebhafte Diskussion, an der sich zahlreiche Delegierte beteiligten. Die Wünsche und Fragen wurden in einer Entschließung zusammengefaßt, in der es heißt: Die Landwirtschaft muß rechtentgelt gemacht werden. Der Handelsvertrag muß die Interessen der bauerlichen Landwirtschaft mit allem Nachdruck vertreten und nicht etwa unter Bevorzugung der Industrie die landwirtschaftlichen Ziele als Kompensation für

andere Zweckerfolge bemerkt werden. Weiter wird eine Herabsetzung der Gesamtsteuerlast verlangt sowie eine Vereinfachung des Verwaltungsapparates. Die Generalfrage innerhalb der Landwirtschaft über die Berücksichtigung des Bauernstandes, der Absatzbedingungen, der klimatischen Verhältnisse und gleichmäßig ohne Rücksicht auf die Verkehrsfrage verteilt sein. In der Landwirtschaft und in der Politik wird gefordert, daß deutsches Bauernland aus dem nicht bevölkerten Osten und Süden planmäßig nach dem Osten verpflanzt werde. Außerdem soll eine staatliche Rentenbank zur Finanzierung der Landwirtschaft bei der Erneuerung von Landbesitzern zur Durchführung von Teuer, Ziehlungs-, Nach-, Kredit- und anderen Fragen soll auf die wirtschaftliche Bedeutung des Bauernstandes Rücksicht genommen werden. Endlich wird von den Vertretern eine Kreditpolitik gewünscht, die es den deutschen Landwirtschaft als Grundlage fast aller Wirtschaftsweise ermöglicht, zu einer rentablen Wirtschaftsweise zu kommen.

Zugeständnisse an China.

Amerika und Japan wünschen neue Verträge. Die lange erwartete Note des Staatssekretärs Kellogg über die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber China wurde jetzt der Öffentlichkeit übergeben. Sie besagt, daß die amerikanische Regierung bereit sei, aber neue Verträge mit China zu verhandeln, wenn sie möglich, falls unannehmlich von anderen Mächten auftreten werde, daß sie aber bestehende Verträge nicht aufheben könne, bevor ein neuer Vertrag unterzeichnet und vom Senat ratifiziert worden ist. Zugleich hatte die Regierung Marineverträge in den chinesischen Gewässern bereit, um amerikanischen Leben und Eigentum zu schützen, wenn die chinesischen Behörden es unterlassen sollten, solchen Schutz zu gewähren. Die Erklärung betont weiter die amerikanischen Sympathien mit China „nationalen Erwachen“, ferner die volle Neutralität im chinesischen Bürgerkrieg seitens der Vereinigten Staaten und den Wunsch der Vereinigten Staaten, mit China „im liberalen Geiste“ zu verhandeln. Die einzige Frage ist, so heißt es weiter, „mit wem der Vereinigten Staaten verhandeln. Wenn China sich über die Erneuerung von Verträgen einigen kann, die die Behörden oder das Volk des Landes verweigern, dann würden wir bereit sein, über einen solchen Vertrag zu verhandeln.“

Die Reuter sich aus Tokio melden läßt, ist auch die japanische Regierung bereit, über einen neuen Vertrag auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Gleichberechtigung mit China zu verhandeln. Die Zugeständnisse an China würden die Anerkennung der chinesischen Tarife und die mit gewissen Bedingungen verbundene Autonomie enthalten. Der Grundgedanke der Aufhebung der Extraterritorialität wurde anerkannt. Die Aufhebungen würden in dem Vertrag nicht erwähnt werden, da sie durch ein internationales Abkommen geregelt werden sollen.

Die Arbeiterpartei gegen die Chinaexpedition.

Die Arbeiterpartei und die Arbeiterpartei haben eine Deputation zum Außenminister Spangenberg entsandt, um gegen die Expeditionen nach China aufzutreten. Nach längerer Aussprache erbat die Arbeiterpartei eine Gewerkschaft und Parteirepräsentanten zusammengefassten Vernehmung Bericht, die darauf folgende Resolution anmahnt: Die englische Arbeiterpartei bedauere es militärische Aktionen und fordere die Weiterverfolgung friedlicher Verhandlungen mit China zwecks Vertragsverhandlung. Die Arbeiterpartei erklärt den chinesischen Arbeiter ihre aufrichtige Unterstützung und ihre Bereit, sie in ihrem Streben, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, beizustehen.

Die Stellung der Deutschen. Wie der Berliner Missionsgesellschaft aus China berichtet wird, hielt der Ministerpräsident der sibirischen Regierung, Tan Nien Kai, nach Bestätigung des von dem Arzt der Berliner Mission geleiteten Krankenhauses in Namjing eine Rede, in der er erklärte: „Aufsicht über die Krankenhäuser ist jetzt am und kann nicht mehr soviel Geld für Schulen und Krankenhäuser aufbringen wie ehedem. Deshalb müssen wir Schulen selbst hinreichend Geld beschaffen. Die Deutschen stellen dafür ihr Wissen und ihr Herz in unseren Dienst und dafür wollen wir ihnen recht dankbar sein, zumal Deutschland sich Wissen heute als das größte Kapital zu haben. Wenn man einen Engländer und Franzosen nicht mehr so oft so oft das Wohl begreift, aber sie gegen die Deutschen oder gegen ihre Kapellen zu wenden, ist Unfair.“ Die Worte des sibirischen Regierungschefs machen es verständlich, warum die deutsche Mission in der Skandinavien- und in den neueroberten Provinzen so gut wie unbeteiligt geblieben ist.

Guthaben der deutschen Kriegsgefangenen in England.

Sofortige Auszahlung eines Teilbetrages. Die englische Regierung hat die erste Rate zur Auszahlung der von ihr bisher anerkannten Guthaben an die ehemaligen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen (einschließlich Sanitätspersonal) überwiehen. Alle ehemaligen Geiseln, die sich in englischer Kriegsgefangenschaft auf britischem oder französischem Boden befinden haben,